

Oberhauser, Alois

Article — Digitized Version

## Stabilitätspolitik zur Vermeidung der nächsten Rezession

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Oberhauser, Alois (1976) : Stabilitätspolitik zur Vermeidung der nächsten Rezession, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 12, pp. 623-628

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135020>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Stabilitätspolitik zur Vermeidung der nächsten Rezession

Alois Oberhauser, Freiburg

**Es mag verfrüht erscheinen, sich schon in einer Zeit, in der die gegenwärtige Rezession noch keineswegs überwunden ist und manche ein Andauern erheblicher struktureller Arbeitslosigkeit befürchten, Gedanken zur Vermeidung der nächsten Rezession zu machen. Aber bereits im Aufschwung werden die Weichen dafür gestellt, ob es zum nächsten wirtschaftlichen Einbruch kommen wird. Vieles deutet darauf hin, daß wir ihm nicht entgehen werden, sofern sich nicht das bisherige Verhalten in einigen Bereichen der Politik grundlegend ändert.**

---

Die sozialen Kosten von Rezessionen sind zu hoch, als daß sie als unvermeidbarer Lernaufwand hingenommen werden sollten, der langfristig eventuell zu dem für eine stabile Entwicklung erforderlichen Verhalten führt. Die Kosten der derzeitigen Rezession zeigen sich in einer Arbeitslosigkeit von durchschnittlich mehr als 1 Mill. Arbeitslosen über einen Zeitraum von über zwei Jahren. Berücksichtigt man die Kurzarbeit und die starke Verminderung der Anzahl der Gastarbeiter, die man als exportierte Arbeitslosigkeit bezeichnen kann, so ergibt sich eine Unterbeschäftigung des Arbeitskräftepotentials in Höhe von 7–8 %. Die Unterauslastung des Produktionspotentials in den Jahren 1974 bis 1977 hat uns einen Produktionsausfall von rund einer Viertel Billion DM gebracht, der ein für allemal verloren ist.

Wollen wir weitere ähnliche Rezessionen hinnehmen, bis wir lernen, eine adäquate Politik zu betreiben? Die folgenden Ausführungen sollen sich mit zwei Fragen beschäftigen, wobei allerdings die Antworten auf dem verfügbaren Raum nur in groben Strichen skizziert werden können:

Wo liegen die Ursachen für die – gemessen an den wirtschaftspolitischen Zielen – enttäuschende Entwicklung in den vergangenen Jahren?

Unter welchen Voraussetzungen ist die nächste Rezession mit ihren sozialen Kosten vermeidbar? Es wird dabei unterstellt, daß sich der begonnene Aufschwung zunächst fortsetzt.

Bis vor wenigen Jahren war man im wissenschaftlichen und zunehmend auch im politischen Bereich der Auffassung, daß man darauf vertrauen könne, daß es mit Hilfe einer finanz- und geldpolitischen Nachfragesteuerung möglich sei, ins Gewicht fallende Unterbeschäftigung zu vermeiden und preisniveausteigernde Nachfrageüberhänge abzubauen. Diese Vorstellung basierte auf den keynesschen Erkenntnissen über die volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge. Nach diesen bestimmt die Nachfrage über die Höhe der Produktion und damit der Beschäftigung und des Einkommens. Geht die Nachfrage über das Produktionspotential hinaus, kommt es zu Preissteigerungen. Voraussetzung für Vollbeschäftigung und Preisstabilität ist dann, daß die Nachfrage gerade dem Umfang des Produktionspotentials (bewertet mit den bisherigen Preisen) entspricht. Bei der Zunahme des Produktionspotentials im Wachstumsprozeß muß die Nachfrage entsprechend steigen.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß es unter diesen Voraussetzungen sein, sowohl ein Zurückbleiben der Nachfrage hinter dem Produktionspotential zu vermeiden als auch einen zu raschen Anstieg zu verhindern, da dann die Nachfrage nicht mehr durch eine entsprechende Ausweitung des Gütervolumens gedeckt werden kann.

Bis Mitte der 60er Jahre bewegten sich in der Bundesrepublik Nachfrage und Produktion weitgehend parallel. Aus heutiger Sicht waren Vollbeschäftigung und Preisstabilität fast ideal erreicht. Seither wurden diese Ziele zunehmend verletzt. Was sind die Gründe? Warum hat die Wirtschaftspolitik weitgehend versagt, wobei zur Wirtschaftspolitik auch die Einkommenspolitik gerechnet wird?

---

*Prof. Dr. Alois Oberhauser, 46, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg.*

Monopolkommission

# Hauptgutachten I

## Mehr Wettbewerb ist möglich

Erstmals seit Erscheinen der Konzentrationsenquete von 1964 werden in diesem Gutachten der Stand und die Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt und unter wirtschafts-, insbesondere wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten beurteilt. Für den Bereich der Industrie legt die Monopolkommission statistische Angaben über das Ausmaß der Unternehmenskonzentration in den einzelnen Wirtschaftszweigen vor. Dem schließt sich eine Untersuchung der Konzentration im Bereich der hundert größten Unternehmen an. Die Unternehmenskonzentration und der Wettbewerb in der Kreditwirtschaft und in der Energiewirtschaft werden anhand von Branchenanalysen dargestellt. Die bisherigen Erfahrungen mit der Fusionskontrolle werden anhand der Praxis des Bundeskartellamtes gewürdigt. Auf diesen Untersuchungen beruhen die Empfehlungen der Kommission zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsrechts der Energiewirtschaft, im Kreditgewerbe und im Recht der Wettbewerbsbeschränkungen.

In unserem Verlag bisher erschienene Gutachten der Monopolkommission:

*Sondergutachten 1; Anwendung und Möglichkeiten der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen seit Inkrafttreten der Kartellgesetznovelle, 1975, 60 S., 15,3 x 22,7 cm, Salesta kart., 12,80 DM*

*Sondergutachten 2; Wettbewerbliche und strukturelle Aspekte einer Zusammenfassung von Unternehmen im Energiebereich (VEBA/Gelsenberg), 1975, 184 S., 15,3 x 22,7 cm, Salesta kart., 39,80 DM*

*Sondergutachten 3; Zusammenschlußvorhaben der Kaiser Aluminium & Chemical Corporation, der PREUSSAG AG und der Vereinigte Industrieunternehmungen AG, 1975, 78 S., 15,3 x 22,7 cm, Salesta kart., 18,- DM*

1976, ca. 750 S., 15,3 x 22,7 cm, Salesta geb., 48,- DM  
ISBN 3 7890 0231 3

Nomos Verlagsgesellschaft  
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden



Die Unzulänglichkeiten im wirtschaftspolitischen Handeln lassen sich vor allem auf drei Tatbestände zurückführen:

- auf die unzulängliche Orientierung an Gütervolumen und Produktionspotential, was als fehlendes Denken in Gütern bezeichnet werden kann,
- auf die unzureichende Berücksichtigung der Kosten neben der Nachfrage und
- auf die weitgehende Verkennung und mangelnde Integration volkswirtschaftlicher Verteilungszusammenhänge.

### Ökonomische Grundzusammenhänge

Die einfachen keynesschen Kreislaufbeziehungen enthalten implizit die Voraussetzung weitgehend konstanter Stückkosten. Außerdem bleiben Verteilungsmechanismen völlig unbeachtet. Infolgedessen bedarf die Kreislaufbetrachtung einer doppelten Ergänzung, um auf die heutigen Volkswirtschaften angewandt werden zu können: Einmal ist zu berücksichtigen, daß die Stückkosten selbst in Rezessionen noch weiter steigen, da die Gewerkschaften auch bei Unterbeschäftigung noch Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus durchsetzen. Zum andern müssen die Verteilungszusammenhänge in die Kreislaufbeziehungen integriert und bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden. Es muß erkannt werden, daß die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung auf die großen sozialen Gruppen der Arbeitnehmer und Unternehmer durch die Güterverwendung und einige Verhaltensgrößen determiniert ist und daß Änderungen in der Verteilung anderer Maßnahmen bedürfen, als sie bislang vom Staat und insbesondere von den Tarifpartnern angewandt wurden.

Gegen die damit angesprochenen ökonomischen Grundzusammenhänge ist in den vergangenen Jahren in starkem Maße verstoßen worden. Als besonders bedeutsam können die folgenden Tatbestände herausgestellt werden.

### Anspruchsinflation

Die Hochkonjunktur war dadurch gekennzeichnet, daß die Nachfrage weit schneller stieg, als das Gütervolumen ausgeweitet werden konnte. Die Ansprüche wurden nicht am Produktionspotential orientiert. Nachfrageüberhänge müssen dann in Preissteigerungen ihren Niederschlag finden. Wenn das Sozialprodukt um 3 oder 4 % real im Jahr wächst, was in etwa der im Wachstum durchschnittlich erreichbaren Zunahme entspricht, so bedingen höhere Zuwächse der Nachfrage notwendigerweise eine inflationäre Entwicklung.

Vor allem ging der Nachfrageanstieg von zwei Sektoren aus: vom Staat und den privaten Haus-

halten. Zweistellige Zuwachsraten bei der Staatsnachfrage könnten höchstens dann preisneutral bleiben, wenn durch entsprechende Steuererhöhungen die private Nachfrage real in gleichem Umfang zurückgedrängt worden wäre. Durch die Inflation aufgeblähte Steuereinnahmen stellen jedoch ebenso wie Kredite keine geeigneten Finanzierungsmittel dar. Entsprechende Steuererhöhungen, die letztlich auf eine Belastung breiter Schichten werden hinauslaufen müssen, wurden unterlassen.

In ähnlicher Weise mußten aber auch die starken Lohnerhöhungen – bei gegebenem Sparverhalten der Arbeitnehmer – zu einem Anstieg des Preisniveaus führen; denn wie sollten bei einer begrenzten Ausweitung des Konsumgütervolumens Lohnsteigerungen von 12 oder 14 % gütermäßig alimentiert werden? (Auf die Verteilungsaspekte wird später eingegangen.) Eine Orientierung der Lohnerhöhungen an der Ausweitung des Gütervolumens fehlt bisher fast völlig.

#### **Einseitige Stabilitätspolitik**

Die Stabilitätspolitik der Hochkonjunktur war zu dem fast ausschließlich auf die Beschneidung der Investitionsnachfrage gerichtet. Die Geldpolitik verläuft fast nur auf diesem Weg, die Finanzpolitik beschränkte sich mit sozialpolitischen Scheinargumenten darauf. Daß eine nominelle Ausweitung der Staatsausgaben nicht zu höheren realen Leistungen führen muß, wurde bereits erwähnt. Aber auch eine steuerliche Belastung breiter Schichten belastet diese real nicht, wenn die Beiträge vom Staat stillgelegt werden; denn das verfügbare Konsumgütervolumen wird dadurch nicht berührt. Es ist daher unlogisch, wenn die breiten Schichten aus der Stabilitätspolitik in der Hochkonjunktur ausgenommen werden. Das gilt um so mehr, als die einseitige Konzentration auf die Investitionen über eine zu starke Gewinneinschränkung zu einer Unterauslastung der Kapazitäten und zu Unterbeschäftigung führen mußte.

Ähnlich unzulänglich war die Politik in der Rezession. Die expansiven Maßnahmen wurden zu spät und quantitativ in zu geringem Umfang ergriffen. Oder anders formuliert: Der Staat hat sich zu wenig und vor allem nicht rasch genug verschuldet. Seine Aufgabe hätte es sein müssen, die ausfallende und fehlende private Nachfrage möglichst weitgehend zu kompensieren. Das hat er nur zum Teil getan. Wieder ist es ähnlich wie 1967 vor allem die Auslandsnachfrage, die den wirtschaftlichen Aufschwung trägt.

Statt dessen wurden mitten in der Rezession insbesondere von den untergeordneten Gebietskörperschaften die öffentlichen Investitionen real ein-

geschränkt und Arbeitskräfte entlassen, obwohl in hohem Umfang offene Kapazitäten vorhanden waren und sogar noch sind. Hier zeigt sich wieder die völlig unzulängliche Ausrichtung am Produktionspotential. Man verschenkte viele Milliarden an möglicher Produktion, die für erhöhte Staatsleistungen hätten eingesetzt werden können.

Dem widerspricht nicht, daß eine umfassende Sanierung der Staatsfinanzen erforderlich ist. Solange jedoch erhebliche unausgenutzte Kapazitäten gegeben sind, gilt es zunächst einmal, für deren Beschäftigung zu sorgen. Die zusätzliche Staatsverschuldung, die dafür erforderlich gewesen wäre, ist zudem weit geringer, als es zunächst scheint; denn weil aufgrund der Multiplikatorprozesse die Einkommen um ein Mehrfaches der vom Staat entfalten oder implizierten Nachfrage wachsen, steigt das Aufkommen an Steuern und Sozialabgaben etwa in dem Umfang, in dem vom Staat mehr Nachfrage ausgelöst wird, das heißt, in dem er sich verschuldet.

#### **Ungenügende Expansionspolitik**

Staatliche Mehrnachfrage kann im Prinzip in beliebigem Umfang entfaltet werden. Zieht der Staat lediglich Ausgaben, die für spätere Perioden sowieso geplant sind, vor, sind in den Folgejahren Haushaltseinsparungen möglich. Vielleicht hätte man auch folgenden Gedanken realisieren können: Wie wäre es, wenn wir Anfang 1975 armen Entwicklungsländern 5 Mrd. DM mit der Auflage geschenkt hätten, sofort zusätzliche Käufe in der Bundesrepublik zu tätigen? Die Einkommen wären bei uns um das Doppelte bis Dreifache dieses Betrages gestiegen, entsprechend die Beschäftigung. Wir hätten lediglich einen Teil des zusätzlich geschaffenen Gütervolumens verschenkt, das so überhaupt nicht erzeugt wurde, und zugleich die Unterbeschäftigung abgebaut. Die Nachfrage der Entwicklungsländer hätte sich vor allem auf die Bereiche der Wirtschaft gerichtet, in denen die Unterauslastung der Kapazitäten besonders hoch war.

Der Haupteinwand gegen eine solche expansive Politik ist darin zu sehen, daß die Preissteigerungsraten dann weniger zurückgegangen wären, da die Gewerkschaften noch höhere Lohnforderungen durchgesetzt hätten. Dieses Argument ist jedoch ziemlich gefährlich; denn es läuft darauf hinaus, daß gütermäßig nicht abgedeckte gewerkschaftliche Lohnforderungen nur durch Unterbeschäftigung und mehr oder weniger lange Rezessionen abgebaut werden können. Die Erfahrungen der Stagflation bei uns und den anderen Industrieländern scheinen dies zwar zu bestätigen. Die sozialen Kosten einer derartigen Politik sind indes hoch. Möchte man nicht die Tarifautonomie

opfern, bleibt daher nur der Weg, ein anderes Verhalten der Tarifpartner dadurch herbeizuführen, daß sie erkennen, daß sie durch die derzeitige Nominallohnpolitik nichts gewinnen, sondern die Arbeitnehmer gravierend schädigen.

Dies ergibt sich aus den Kreislaufzusammenhängen der Verteilung. Die darauf aufbauende Theorie, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, hat gezeigt, daß die Summe der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, kurz Gewinneinkommen genannt, durch fünf Größen determiniert ist, nämlich durch die Summe der privaten Nettoinvestitionen, der Staatsverschuldung, des Saldos der Leistungsbilanz und des Konsums der Unternehmerhaushalte abzüglich des Sparens der Arbeitnehmer. Diese Gleichung ist stets erfüllt, unabhängig von der konjunkturellen Situation; sie gilt keineswegs nur für das Gleichgewicht. Wie die einzelnen Bestimmungsfaktoren reagieren und wovon sie abhängen – dies hat die Kreislauftheorie der Verteilung zu klären versucht – kann hier allerdings nicht wiedergegeben werden.

#### Grenzen der Nominallohnpolitik

Aus diesen Kreislaufzusammenhängen ergeben sich eine Reihe wichtiger Schlußfolgerungen:

Die Einkommensverteilung auf Lohn- und Gewinneinkommen ist hauptsächlich durch die Verwendung des Sozialproduktes für private Investitionen, den Leistungsbilanzsaldo und den Konsum der Unternehmerhaushalte sowie darüber hinaus durch das Sparverhalten der Arbeitnehmer und die Verschuldung des Staates bestimmt.

Die Summe der Gewinneinkommen ist gesamtwirtschaftlich durch die genannten Größen determiniert. Die Unternehmer können nicht aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht, wie vielfach angenommen wird, ihre Gewinne insgesamt bestimmen, auch wenn das einigen Unternehmen möglich ist. Hieraus erklärt sich, warum die Gewinne in der Rezession so stark sinken und daß die Unternehmen sich mit der Einschränkung der Investitionen die Gewinne selbst beschneiden. So wird auch verständlich, daß selbst scheinbar monopolistische Unternehmen hohe Verluste aufweisen können.

Eine Änderung der Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer ist bei gegebenen Investitionen nur durch ein zusätzliches Sparen dieser Schichten – in welcher Form auch immer – und durch einen Abbau der Staatsverschuldung möglich. Das Sparen der Arbeitnehmer kann freiwillig oder durch Absprachen über Investivlöhne und investive Gewinnbeteiligung erfolgen. Eine darauf gerichtete Lohnpolitik darf keine Nominallohnpolitik sein, sondern muß als Lohnverwendungspolitik die Ver-

wendung von Lohnbestandteilen für Sparen und Vermögensbildung zum Aktionsparameter machen.

Zugleich ergibt sich, daß eine reine Nominallohnpolitik, wie sie immer noch weitgehend von den Gewerkschaften betrieben wird, eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer höchstens durch eine Einschränkung der Investitionen zu erreichen vermag. Ansonsten verpufft sie in Preissteigerungen, soweit sie gütermäßig nicht abgedeckt ist. Das gilt sowohl für Vollbeschäftigungssituationen als auch für Unterbeschäftigungsphasen. Lohnsteigerungen in der Rezession erhöhen zwar auch die Nachfrage, doch dient diese Nachfragesteigerung zunächst zur Überwälzung eingetretener Stückkostenerhöhungen. Hier wird der Gegensatz zum keynesschen Modell mit konstanten Stückkosten sichtbar.

#### Unsinniger Inflationsausgleich

Aufgrund dieser gütermäßigen Zusammenhänge erweist sich ein Inflationsausgleich für die Gruppe der Arbeitnehmer als undurchführbar. Ein Inflationsausgleich ist für die Gesamtheit der Arbeitnehmer, auch wenn er allseits bejaht wird, ökonomischer Unsinn. Wenn das verfügbare Konsumgütervolumen nicht wächst oder sein Anstieg durch andere Lohnerhöhungsbestandteile bereits ausgeschöpft wird, muß jeder Inflationsausgleich zu entsprechenden neuen Preissteigerungen führen. Ein Inflationsausgleich ist lediglich ein Mittel, um den Preisanstieg zu verstetigen und unter bestimmten Voraussetzungen sogar zu beschleunigen. Lediglich wenn er nicht zusätzlich gewährt wird, sondern – falsch begründet – an die Stelle von Lohnerhöhungen tritt, die am gütermäßigen Wachstum orientiert sind, ergeben sich Senkungen der Preissteigerungsrate. Dieses war 1976 der Fall.

#### Schädigung der Arbeitnehmer

Auch ein überwältigter Inflationsausgleich scheint die Arbeitnehmer noch nicht zu schädigen. Dies ist jedoch ein Trugschluß, der sich aus einer zu engen Betrachtung ergibt: *Erstens* entwerten nämlich Preiserhöhungen das Geldvermögen der Arbeitnehmer. Da dieses etwa 400 Mrd. DM beträgt, entsprechen die Realwertverluste bei den Preissteigerungsraten der letzten Jahre – selbst unter Berücksichtigung von beschränkten Zinserhöhungen – rund 20 Mrd. DM jährlich, das heißt etwa 4% der Lohnsumme. *Zweitens* muß, da die Rezession im wesentlichen eine Folge der auch durch den Lohnkostenanstieg bedingten Preissteigerungen ist, die Unterauslastung des Produktionspotentials wenigstens zum Teil der verfehlten Nominallohnpolitik zugerechnet werden. Die von den Arbeitnehmern zu tragende Minderproduktion an Konsumgütern muß mit 30 bis 50 Mrd. DM jährlich in der Rezessionsperiode beziffert

werden. *Drittens* enthält die unterlassene Lohnverwendungspolitik den Arbeitnehmern einen möglichen Vermögenszuwachs vor, der zumindest bei Vollbeschäftigung kaum weniger als 10 Mrd. DM jährlich betragen dürfte.

Daß die Gewerkschaften guten Glaubens handeln, ist damit nicht bestritten. Mangelnde Einsicht in die güterwirtschaftlich bestimmten volkswirtschaftlichen Verteilungszusammenhänge führt jedoch zu diesen negativen Wirkungen der Nominallohnpolitik, die weit über das hinausgehen, was unter Umständen durch eine aggressive Handhabung von Nominallohnerhöhungen zugunsten der Arbeitnehmer herausgeholt werden kann.

### **Änderung der Verhaltensmuster**

Bei diesen Unzulänglichkeiten der Politik in den vergangenen Jahren stellt sich die Frage, ob Preisstabilität bei Vollbeschäftigung nicht ein unerreichbares Ziel geworden ist. Manches spricht dafür; doch sollte man nicht vergessen, daß dieses Ziel in den 50er und 60er Jahren weitgehend realisiert war – wenn auch das damalige hohe Wachstum des Sozialproduktes günstige Bedingungen schuf. Außerdem hat der inzwischen erfolgte Übergang zu flexiblen Wechselkursen eine weitgehende stabilitätspolitische Unabhängigkeit vom Ausland gebracht und das Ausmaß importierter Inflation erheblich vermindert.

Sicher ist jedoch, daß die nächste Rezession kommen muß, wenn die bisherigen Verhaltensmuster beibehalten werden. In groben Zügen ist dann folgendes zu erwarten: Die erhebliche Zunahme der Unternehmergewinne, die aus dem Anstieg der privaten Investitionen, der hohen Staatsverschuldung und dem Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte resultieren muß und die sich bereits im Jahre 1976 eindeutig gezeigt hat, wird sich in Lohnforderungen niederschlagen, die gütermäßig trotz der vorübergehend starken Produktivitätsfortschritte nicht gedeckt sind. Die allseits bejahte, aber ökonomisch völlig verfehltete Idee des Inflationsausgleichs wird dabei mitwirken. Die gewerkschaftlichen Äußerungen zu den Lohnerhöhungen des Jahres 1977 weisen bereits eindeutig in diese Richtung. Eine kosten- und nachfragebedingte Beschleunigung des Preisanstiegs wird die Folge sein, selbst wenn von der Geldmengenexpansion später Grenzen gesetzt sind.

Der Staat wird diesen Inflationsprozeß schon dadurch unterstützen, daß er die inflationsbedingten Mehreinnahmen verausgibt. Auch ist eine hohe, wenn auch gegenüber der Rezession reduzierte Neuverschuldung weiterhin eingeplant. Eine radikale Beschränkung des staatlichen Ausgabenanstiegs ist ebenso unwahrscheinlich wie eine verstärkte (Schein-)Belastung der breiten Schichten

durch Steuern und Beiträge zum Abbau der Neuverschuldung und zur Finanzierung der Sozialleistungen.

Wegen der Begrenzung der Geldmengenexpansion, die der Bundesbank durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen ermöglicht worden ist, wird der inflationäre Prozeß bald und schneller als in früheren Perioden an Grenzen stoßen – unter Umständen schon bevor Vollbeschäftigung ganz erreicht ist. Dauert dann der gütermäßig nicht gedeckte Anstieg der Löhne und der Staatsausgaben an, ist eine Rezession nicht mehr vermeidbar. Die sozialen Kosten eines solchen Rückschlags fallen erneut an; die Produktionsausfälle und die dadurch bedingten Steuermindereinnahmen werden ebenso wie die erforderlichen expansiven Maßnahmen den Staatshaushalt belasten und die Finanzierungsschwierigkeiten im sozialen Bereich erhöhen.

Welche Voraussetzungen müßten geschaffen werden, wie müßten sich die Verhaltensmuster ändern, um die nächste Rezession zu vermeiden? Vor allem müßten sich drei Erkenntnisse durchsetzen und im konkreten Verhalten der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen niederschlagen:

### **Unzureichende Geldpolitik**

Eine Politik eines begrenzten Geldmengenwachstums ist allein nicht ausreichend und zudem gefährlich. Die Gefahr liegt in der Alibifunktion für die anderen Bereiche der Politik und in dem ungerechtfertigten Glauben an die immanente Stabilität des privaten Bereichs.

Die Zentralbank ist zwar unter den heutigen Bedingungen in der Lage, einen inflationären Prozeß abzublocken, aber nur innerhalb relativ breiter Grenzbereiche. Wie die Erfahrungen zeigen, hat sie selbst die Zentralbankgeldmenge wegen der außenwirtschaftlichen Verflechtungen und der Verfügbarkeit der Banken über Sekundärliquidität nur beschränkt in der Hand. An der Expansion der Zentralbankgeldmenge orientiert sie ihr geldpolitisches Handeln. Die für die Entfaltung von Nachfrage entscheidendere umlaufende Geldmenge und die Umlaufgeschwindigkeit dieser Geldmenge entziehen sich jedoch einer unmittelbaren Steuerung durch die Zentralbank. Zudem kann bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit eine Ausdehnung der Geldmenge um beispielsweise 8% genauso gut zum Umsatz eines um 8% gestiegenen Gütervolumens wie zum Umsatz eines konstanten Gütervolumens bei um 8% gestiegenen Preisen verwandt werden. Das Jahr 1975 ist ein Beispiel dafür, daß selbst bei voller Erreichung des Geldmengenziels (Zunahme um 7,9%) das reale Sozialprodukt sogar sinken kann (minus 3,4%).

Konjunkturelle Übersteigerungsprozesse können sich daher – durch was auch immer hervorgerufen – selbst bei einem quantitativ begrenzten Geldmengenwachstum ausbreiten, bis sie nach einiger Zeit an Grenzen stoßen und, sofern die Kostenentwicklung nicht sofort reagiert, zu Unterbeschäftigung führen. Es gibt kein einziges Argument, daß die Wirtschaft rasch aus einer Rezession wieder herausfindet, wenn allein auf die Geldpolitik gesetzt wird. So wichtig eine stabilitätsorientierte Geldpolitik ist, sie kann nur zum Erfolg führen, wenn durch die übrigen Bereiche der Politik entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden.

### **Lohnverwendungspolitik**

Ohne eine an den gütermäßigen Zusammenhängen orientierte Lohnpolitik ist Vollbeschäftigung bei Preisstabilität nicht erreichbar. Das besagt, daß die Lohnerhöhungen allein am Zuwachs des Konsumgütervolumens und an Änderungen im Sparverhalten der Arbeitnehmer zu bemessen sind. Ein Inflationsausgleich hat aus den diskutierten Gründen zu unterbleiben.

Damit muß keineswegs ein Verzicht auf eine Politik der gleichmäßigeren Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer einhergehen, doch kann diese nur durch eine Vermögenspolitik, eine Lohnverwendungspolitik, erreicht werden. Dazu sollte ein elastischer Faktor in die Einkommensverteilung für die Arbeitnehmer durch eine investive Gewinnbeteiligung eingebaut werden, da nur auf diese Weise den auch weiterhin zu erwartenden Gewinnschwankungen Rechnung getragen werden kann.

Ein derartiges lohnpolitisches Verhalten der Tarifpartner und insbesondere der Gewerkschaften ist nicht nur durch staatlichen Zwang, das heißt die Beschneidung oder gar Abschaffung der Tarifautonomie, realisierbar. Es müßte genügen, daß die Gewerkschaften erkennen, daß die bisherige Nominallohnpolitik die Arbeitnehmer gravierend schädigt und diese durch eine Lohnverwendungspolitik hohe Milliardenbeträge zu gewinnen haben. Dazu kann auch die Einsicht beitragen, daß eine derartige Politik keineswegs auf eine Begünstigung der Gewinne hinausläuft, sondern daß diese in ihrer Gesamtheit durch andere Faktoren determiniert sind und im wesentlichen nur durch vermögenspolitische Maßnahmen beeinflußt werden können.

Schwierigkeiten werden sich allerdings daraus ergeben, daß die Einzelgewerkschaften nicht die Interessen der Gesamtheit der Arbeitnehmer, sondern primär diejenigen ihrer Mitglieder verfolgen. Dennoch müßte die Einsicht reichen, daß sich einzelne Gruppen der Arbeitnehmer nur in beschei-

denem Umfang von der allgemeinen Nominal- und Realeinkommensentwicklung zu lösen vermögen und von den konjunkturellen Ausschlägen kaum fernhalten können. Die Organisation der deutschen Gewerkschaften bietet immerhin die wichtige Voraussetzung, daß es zu einer Orientierung der Lohnerhöhungen an den gütermäßigen Zusammenhängen kommen kann, weil dies auch im vollen Interesse der einzelnen großen Gruppen der Arbeitnehmer liegt.

### **Doppelte Aufgabe der Finanzpolitik**

In dem aufgezeigten Rahmen hat die Finanzpolitik eine doppelte Aufgabe: Sie muß am Produktionspotential und nicht an irgendwelchen Nominalgrößen orientiert sein und sich der Finanzierungswege bedienen, die der jeweiligen Konjunktursituation adäquat sind.

Bei Vollbeschäftigung bedeutet dies, daß jede Inanspruchnahme von Gütern und Leistungen durch den Staat ebenso wie die Einkommenstransfers so finanziert werden müssen, daß private Wirtschaftssubjekte auf eine entsprechende Nachfrage nach Gütern verzichten. Eine Neuverschuldung hat zu unterbleiben. Die Staatsquote ist damit keineswegs festgelegt. Jeder Politiker sollte jedoch die Ehrlichkeit besitzen, beim Versprechen zusätzlicher Staats- und Sozialleistungen darauf hinzuweisen, daß sie im wesentlichen nur durch eine gütermäßige Belastung breiter Schichten erbracht werden können. Neben steuerlichen Maßnahmen kann allerdings auch in stärkerem Maße als bisher auf eine kostendeckende Preispolitik bei verschiedenen staatlichen Leistungen zurückgegriffen werden.

Bei wirtschaftlichen Rückschlägen erfordert die Orientierung am (nicht voll ausgenutzten) Produktionspotential, daß der Staat durch finanzpolitische Maßnahmen für eine entsprechende Ausdehnung der Nachfrage sorgen muß. Die Geldpolitik kann dazu im wesentlichen nur Hilfestellung leisten. Die Finanzierung hat dann durch eine Kreditaufnahme in der Weise zu erfolgen, daß die private Nachfrage dadurch möglichst nicht eingeschränkt wird.

Stabilitätspolitik zur Vermeidung der nächsten Rezession bedeutet mithin, daß in den verschiedenen Bereichen der Politik Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die ein anderes Verhalten als bisher bedingen. Geldpolitik allein reicht nicht. Es bedarf einer Einsicht in die güterwirtschaftlichen Zusammenhänge und einer Berücksichtigung dieser Zusammenhänge im politischen Handlungsprozeß. Es wäre bedauerlich, wenn erst das Lehrgeld mehrerer Rezessionen gezahlt werden müßte, bevor sich diese Erkenntnisse durchsetzen.